

## Sitzungsvorlage Nr. 238/2019

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und  
Verwaltung  
am 06.02.2019



zur Kenntnisnahme

**- Öffentliche Sitzung -**

16.01.2019

073 - WIV-Ö - 238/2019

### Zu Tagesordnungspunkt 3

#### **Direktinvestitionen aus der Volksrepublik China in der Region Stuttgart**

##### **I. Sachvortrag**

Der vorliegende Bericht über Direktinvestitionen aus der Volksrepublik China in der Region Stuttgart wurde in der Sitzung der Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 25.07.2018 (siehe Vorlage 203/2018) zugesagt. Grundlage ist der Antrag der Gruppe Innovative Politik vom 06.06.2018.

Die Volksrepublik China will mit ihrer industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“ (MIC 2025) zu einem weltweit führenden Industriestandort werden. Sie hat daher 10 Branchen definiert, in denen China bis 2025 eine international führende Position erreichen will. Die Schlüsselbranchen sind z. B. Energiesparende Autos und Autos mit alternativer Antriebstechnik, Energiesysteme, Biomedizin, Maschinen mit computergestützter Steuerung und Robotern. Diese Branchen stehen daher im Fokus der chinesischen Investitionen bzw. Firmenübernahmen und Beteiligungen.

Die Studie „Kauft China systematisch Schlüsseltechnologien auf?“ der Bertelsmann-Stiftung hat chinesische Investitionen im Zeitraum 2014 bis 2017 untersucht. Danach nehmen die Investitionen in den Schlüsselbranchen zu, da Deutschland hier technologische Wettbewerbsvorteile hat. Von den 112 Investitionen, die den MIC-Branchen zuzuordnen sind, konzentriert sich über die Hälfte innerhalb Deutschlands auf drei Bundesländer, in denen besonders viele technologische Weltmarktführer angesiedelt sind: Baden-Württemberg (23 Prozent), Nordrhein-Westfalen (20 Prozent) und Bayern (16 Prozent).

Baden-Württemberg ist für ausländische Investitionen ein attraktiver Standort. Das Land hat im Jahr 2017 nach den Angaben von Baden-Württemberg International (bw-i) 421 ausländische Investitionsprojekte angezogen, davon waren 26 Projekte aus China. China liegt 2017 auf Rang vier der Investitionen aus dem Ausland hinter der Schweiz (128), den USA (48) und Frankreich (35). In der Region Stuttgart wurden 2018 14 chinesische Investitionsprojekte realisiert. Insgesamt haben aktuell 80 Unternehmen in der Region Stuttgart eine Beteiligung chinesischer Unternehmen von mindestens 20 Prozent. In der Statistik der bw-i werden Investitionsprojekte von chinesischen Unternehmen geführt, die mindestens 20 Prozent an einem Unternehmen übernehmen oder sich neu ansiedeln bzw. neu gründen. Der Wirtschaftszweig Hotellerie/Gastronomie ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Laut der IHK-Studie „Globalisierung vor unserer Haustür“ aus dem Jahr 2017 haben in der Region Stuttgart von 2.552 im Handelsregister eingetragenen internationalen Mitgliedsunternehmen 94 Unternehmen eine Beteiligung von Gesellschaften und/oder Privatpersonen aus der Volksrepublik China von mindestens 50 Prozent.

Die Anzahl chinesischer Investitionen ist gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen in der Region Stuttgart bisher nicht bedenklich. In der Regel zeichnen sich die Beteiligungen durch ein eher langfristiges

Interesse an den Firmenbeteiligungen aus. Außerdem bringen Investitionen Kapital ins Land und sichern bzw. schaffen Arbeitsplätze. Dies wird auch in der oben zitierten Bertelsmann-Studie so gesehen. Dennoch ist es notwendig, die Entwicklung genau zu beobachten, da es sich bei chinesischen Beteiligungen in der Regel um strategische Investments handelt, die gezielt technologisches Know-How zum Ziel haben und damit die Wettbewerbsposition der Region Stuttgart beeinträchtigen können.

Die Bundesregierung ist für dieses Thema sensibilisiert und hat in der Außenwirtschaftsverordnung die sogenannte Aufgreifschwelle auf 10 Prozent abgesenkt. Ab dieser Schwelle prüft bei sicherheitsrelevanten Beteiligungen durch Unternehmen aus dem außereuropäischen Ausland das Bundeswirtschaftsministerium den Anteilserwerb.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ist ebenfalls sensibilisiert und hat im Aktionsplan China 2019+ festgelegt, sich intensiv für ein Investitionsschutzabkommen zwischen China und der EU einzusetzen und die gesetzgeberischen Maßnahmen auf EU-Ebene zu begleiten.

## **II. Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung nimmt den Bericht zur Kenntnis.